

UMSETZUNG VON DATENSCHUTZ UND INFORMATIONSSICHERHEIT BEI KOMMUNEN

Im Februar 2019 beschloss das Bayerische Kabinett einen ehrgeizigen Fahrplan, um die Digitalisierung der Verwaltung vorwärts zu treiben. Demnach sollen in Bayern die wichtigsten Verwaltungsverfahren flächendeckend bereits 2020 als Online-Services zur Verfügung stehen und nicht, wie vom Onlinezugangsgesetz (OZG) des Bundes gefordert, erst im Jahr 2022. Da klar ist, dass Digitalisierung ohne Datenschutz und Informationssicherheit nicht funktionieren kann, wurde ebenfalls im Februar 2019 die Initiative „Online – aber sicher!“ ins Leben gerufen. Diese Initiative unterstützt Bürger, Unternehmen und Kommunen beim Schutz ihrer Daten und bei der Stärkung und Weiterentwicklung der Cybersicherheit.

Die Beschlüsse des Bayerischen Kabinetts liegen nun einige Zeit zurück und die bayerische Digitalministerin Judith Gerlach hat im Juli 2019 erste Erfolge der Verwaltungsdigitalisierung präsentiert: 15 Verwaltungsleistungen werden inzwischen online angeboten. Doch – wie steht es mit der Umsetzung von Datenschutz und Informationssicherheit? Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Baden-Württemberg hat dazu eine online-Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse vor

kurzem veröffentlicht wurden (<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/gemeinden-umfrage>).

Der online-Fragenkatalog richtete sich an rund 1100 Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg. Es umfasste rund 50 Fragen und für das Ausfüllen wurden 90 Minuten veranschlagt. Trotz dieses nicht unerheblichen Aufwands war der Rücklauf der Fragebögen mit mehr als 80 % erstaunlich hoch. Seit November 2019 liegen nun die Ergebnisse vor. Quintessenz der Umfrage ist, dass sich die Kommunen durch die Anforderungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) stark belastet fühlen. Sie sind zwar bereit und willig, die darin vorgeschriebenen Vorgaben umzusetzen, beklagen aber, dass ihnen nur wenig personelle und zeitliche Ressourcen dafür zur Verfügung stünden. Und – der bislang erreichte Stand in Sachen Datenschutz ist in vielen Bereichen ungenügend und auch im Bereich Informationssicherheit ist der Nachbesserungsbedarf bei den Kommunen in Baden-Württemberg groß.

Probleme haben die Kommunen vor allem bei der Erstellung des Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten und bei der Datenschutzfolgenabschätzung. Als wesentliche Herausforderungen bei der Digitalisierung werden unter anderem die Gewährleistung der IT-Sicherheit, die rechtssichere Löschung von Daten, die Verschlüsselung, der Aufwand für die Dokumentation und ein sicherer E-Mail-Verkehr gesehen.

Das Ergebnis der Datenschutz-Umfrage in Baden-Württemberg kann sicher nicht eins zu eins auf Bayern übertragen werden. Aber auch viele bayerische Kommunen kommen bei der Umsetzung von Datenschutz und Informationssicherheit nicht voran: Es fehlt massiv an Fachpersonal und Zeit, um sich in die vielen Arbeitshilfen einzuarbeiten, die von verschiedenen Institutionen zur Verfügung gestellt werden, z. B. vom

- Bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz (<https://www.datenschutz-bayern.de/>),
- Bayerischen Landesamt für Datenschutzaufsicht (www.lida.bayern.de),
- Bayerischen Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (<https://www.lsi.bayern.de/>),

- Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (https://www.stmi.bayern.de/sus/datensicherheit/datenschutz/reform_arbeitshilfen/index.php).

Das Zusammenspiel von Datenschutz und Informationssicherheit und der Digitalisierung der Verwaltung in Bayern kann also durchaus funktionieren, dank der vielen Arbeitshilfen, die angeboten werden.

Wenn aber eine Kommune die notwendigen fachlichen und zeitlichen Ressourcen nicht hat, ist auch die Beauftragung eines externen Dienstleisters eine Option. Das hat viele Vorteile: internes Personal wird nicht gebunden, Aus- und Fortbildungskosten entfallen, weil der externe Dienstleister sein Personal auf dem aktuellen Wissensstand hält, es muss kein Arbeitsplatz zur Verfügung gestellt werden und eine Vertretung ist jederzeit gewährleistet. Das Thema Datenschutz und Informationssicherheit muss also nur angepackt werden, einer erfolgreichen Umsetzung steht grundsätzlich nichts im Wege.

Sie treten auf der Stelle und kommen bei der Umsetzung der DSGVO und bei der Erstellung eines Informationssicherheitskonzeptes nicht voran? Sprechen Sie uns an, gerne stellen wir Ihnen unsere Lösung dafür vor.

Kontakt:

GKDS – Gesellschaft für kommunalen Datenschutz mbH
80686 München, HansasträÙe 12-16

Tel.: 089 547 58-0

kontakt@gkds.bayern

www.gkds.bayern



Ihr Partner für kommunalen Datenschutz